

- Wohnungslosenhilfe & Prävention
- Eingliederungshilfe
- Hilfen für Frauen

Geibelstr. 77/78
Tel: 030/70 78 44 90

12305 Berlin
Fax: 030/70 78 44 92

www.gebewo.de
Email: Geschaeftsstelle@gebewo.de

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung und Kommunen
Ausschussdrucksache
19(24)068
12.03.2019

Wohnen
Beraten
Betreuen



Im Verbund der
Diakonie

Zur öffentlichen Anhörung am 20.03..2019

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Zu meiner Person:

Robert Veltmann, geboren am [REDACTED]

Ich bin ausgebildeter Sozialarbeiter, seit 20 Jahren Geschäftsführer einer gemeinnützigen Berliner Wohnungslosenhilfeorganisation.

Zur Sache:

Ich arbeite nun seit über 25 Jahren in verschiedenen Bereichen der Berliner Wohnungslosenhilfe. In der Sozialarbeit mit wohnungslosen/obdachlosen Menschen befassen wir uns überwiegend mit sozialen Schwierigkeiten, die teils (mit-)ursächlich, aber oft die Folge von Wohnungslosigkeit/Obdachlosigkeit sind.

In Berlin leben etwa 50.000 wohnungslose Menschen, die meisten davon in verschiedenen Wohnformen, nicht selten in Mehrbett-Zimmern und das oft über Jahre. Etwa 2.000 – 6.000 Menschen, manche Kollegen sprechen von sogar 10.000 Menschen, leben in Berlin „auf der Straße“, also ungeschützt und meist sichtbar im öffentlichen Raum. Ich bedaure, mich im Eingangsstatement in nur 3 Minuten darüber äußern zu können.

Berlin ist bezüglich Wohnungsnot ein prägnantes Beispiel, die Lage in Städten wie Hamburg, Frankfurt, Dortmund oder München ist aber nicht besser. Wohnungslosigkeit ist nicht selten Folge individueller menschlicher Fehler, aber immer Konsequenz in einer dynamischen Wettbewerbsgesellschaft, insbesondere bei angespannten Wohnungsmärkten. Das mangelnde Angebot bezahlbarer Wohnungen in Ballungsgebieten hat eine verheerende Wirkung auf Teile der Bevölkerung. Vulnerable Gruppen, wie arbeitslose Menschen, Geringverdiener*innen, Rentner*innen, Alleinerziehende, Migrant*innen sowie viele kranke und behinderte Menschen u.a. sind einem hohen Risiko ausgesetzt, ihre Wohnung und damit ihren Lebensmittelpunkt zu verlieren.

Eine sehr große Anzahl von Menschen ist mittlerweile wohnungslos oder akut von Wohnungslosigkeit bedroht. Andauernde Wohnungslosigkeit grenzt Menschen sozial aus, beschädigt nachhaltig Selbstachtung, Selbstwert und Würde. Obdachlosigkeit führt relativ schnell innerlich und äußerlich zu Verwahrlosung, zu Verelendung, lässt Menschen körperlich und seelisch sichtbar krank, lethargisch und hoffnungslos werden. Die „Flucht“ in schwere psychische Störungen oder chronische Suchtkrankheiten ist für viele fast unvermeidlich. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist für die Betroffenen nur mit viel Geduld, erheblicher Motivation und innerem Antrieb erreichbar. Intransparente Hilfsstrukturen, bürokratische Hürden und staatliche Sanktionierungsmechanismen (z. B. im SGB II) verschärfen die o. g. Entwicklung oft. Das vorhandene Hilfesystem ist vielfältig, dennoch findet eine große Anzahl von Menschen aus verschiedenen Gründen keinen Zugang zum Hilfesystem oder verharrt trotz Unterstützung im Hilfesystem ohne Aussicht auf eine eigene Wohnung.

Die aktuelle Lage auf dem Geld- und Immobilienmarkt hingegen lockt in vielen Ballungsgebieten Investoren und Spekulanten aus In- und Ausland mit enormen finanziellen Mitteln an. Bestandsimmobilien werden in großem Stil gekauft, saniert, modernisiert und mit hohen Profiten weiter verwertet. Städte wie Berlin, die über Jahre umfangreiche Wohnungsbestände verkauft haben, sind in der Defensive. Baukosten, Grundstückspreise und Mieten steigen seit Jahren deutlich schneller als Einkommen und Renten. Geplante Neubauten werden zu langsam und (für Normalverdiener) zu teuer realisiert. Wohnungskaufpreise von mehr als 4.000 € pro Quadratmeter bzw. Mieten von mehr als 10 € nettokalt pro Quadratmeter in Berlin sind nur noch für eine kleine Anzahl Wohlhabender bezahlbar. Für eine große Gruppe wohnungsloser Menschen ist der herkömmliche Wohnungsmarkt gar nicht mehr zugänglich. Berlin ist hier kein Einzelfall.

Ich sehe, wie viele andere, die dringende Notwendigkeit, dass der Bund umgehend eingreift. In den BT-Drucksachen 19/7459 und 19/7734 stehen aus meiner Sicht viele gute, prüfenswerte Vorschläge, zu denen ich am 20. März wenigstens in Teilen Stellung nehmen möchte.

Gutes Wohnen ist ein elementares menschliches Grundbedürfnis. Das gute Wohnen ist immer größeren Teilen der Stadtbevölkerung verwehrt. Die Sicherheit und Zufriedenheit der Bevölkerung ist aber ein hohes gesellschaftliches Gut. Der Deutsche Bundestag hat parteiübergreifend die Pflicht, eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen anzustreben und Länder und Kommunen aktiv dabei zu unterstützen, die Bevölkerung wieder mit gutem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Der Bund kann aus unserer Sicht sowohl mit Blick auf den Wohnungsbau im Allgemeinen mit Blick auf die Wohnraumversorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen als auch mit Blick auf die Sozialgesetzgebung bessere und wirksamere Rahmenbedingungen setzen.

Robert Veltmann